



Friedenssteuer

NACHRICHTEN

Mai 2017 | Nr. 54

NACH RÜSTUNG KOMMT KRIEG



So heißt es auf der Vorderseite der Zeitung gegen den Krieg Nr. 40, die Mitte April erschien.

Ich würde sagen: Noch mehr Krieg, denn der Krieg war nie weg. Aber gemeint ist: Wenn alle Nato-Länder die Rüstungsausgaben bis 2024 auf 2% des BIP aufstocken, wie die USA das wünschen (eingefädelt 2014 von Barack Obama, Friedensnobelpreisträger), dann wird der 3. Weltkrieg bald folgen – so weit er nicht schon läuft. In den USA sitzt einer am Ruder, der nicht mal den Kongress vorab informiert und losschlägt wie er twittert: kalkuliert spontan, Gott auf der Zunge. Der in den ersten drei Monaten seines Amtes drei- bis viermal soviel gebombt hat als sein Vorgänger in 2015 und 2016 insgesamt. Und nirgendwo ein Konzept für ein Ende der Gewalt, von keiner Seite der vielen in Syrien kämpfenden Parteien.

Jürgen Todenhöfer schreibt: „*Deutschland ist in diesem barbarischen Krieg mit dabei. Kaum ein deutscher Politiker schämt sich der Dummheit und Unmenschlichkeit der Bombardements. Man kann die Vereinigten Staaten offenbar bei der Zerstörung der muslimischen Welt nicht alleinlassen. Verlogener Krieg, verlogener Terrorismus!*“ In: *Der Freitag* Nr. 14.

Ich füge hinzu: Verlogene Flüchtlingsaufnahme. Die angeblich so großzügig hereingelassenen syrischen Flüchtlinge haben überwiegend nur kurzfristigen subsidiären Schutz erhalten und dürfen zwei Jahre lang die Familie nicht nachholen. Die steckt weiterhin im Krieg fest oder kommt auf eigene Faust nach Deutschland, was schon öfter im Mittelmeer endete. Politische Barbarei!



Und nun? Was tun?

Der Bundestagswahlkampf läuft an. Unser Wahlkampagnenteam Bürgerbündnis 2017 hat kräftig gearbeitet – nachzulesen auf Seite 5, sowie in den Beilagen ‚Wir mischen uns ein‘ und ‚Fahrplan D.B.‘. Da kann man etwas tun!

Martin Rambow hat eine Übersicht über die Militärausgaben im Bundeshaushaltsplan 2017 erstellt, zu finden unter: www.friedenssteuer.de > Aktivitäten > downloads. Oben die vielsagende Grafik, die wir auch für die Kampagne verwenden.

Gertie Brammer, Karwitz

SPENDEN: Die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit fallen durch die Kampagne für dieses Jahr sehr hoch aus. Wir bitten Sie herzlich: überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl auf unser Konto bei der

GLS-Bank: **IBAN DE25 4306 0967 7001 6016 00.** Bitte keinen Zweck angeben, das erleichtert die Buchführung; die meisten Gelder werden sowieso für Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben.

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg verwendet werden. Wir wollen nicht weniger Steuern zahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen. Unsere zentrale Erklärung lautet:

„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“

Wir haben ein Zivilsteuergesetz formuliert. Dazu gibt es zwei fachjuristische Gutachten (von zwei Uni-Professoren). Auch ein dritter Professor – für Öffentliches Recht an der Freien Universität Freiburg – bescheinigte uns die Unbedenklichkeit bezüglich der Einführung dieses Zivilsteuergesetzes, weil juristisch zu 100% in Ordnung. Es kommt nur auf den politischen Willen an. Mit diesen Texten machen wir Lobbyarbeit bei Bundestagsabgeordneten. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit und führen Militärsteuer-Verweigerungsprozesse, bis das Zivilsteuergesetz beschlossen und umgesetzt ist.

Schwesterorganisationen in vielen Ländern verfolgen dieses Ziel ebenfalls. Unsere internationale gemeinnützige NRO Conscience and Peace Tax International / CPTI mit Sitz in London hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC). CPTI hat eine ständige Vertretung bei dem UNO-Menschenrechtsrat in New York und in Genf.

Wir werben nicht für Vereinsmitgliedschaft und Beitragszahlungen, sondern für aktive Mitwirkung auf verschiedenen Ebenen. Für unsere Arbeit sind Spenden sehr willkommen.

INHALT

Impressum/Unterstützerkreis	2
Nicht jammern – klagen!	3
Nadelstiche	4
Kampagne Bürgerbündnis 2017	5
Kampagne Büchel	6
Bericht IPB-Konferenz	7
CPTI	8
Was machen die Anderen?	9
Kirchentag 2017	10 – 11
Adressen & Termine	12

BEILAGEN

Faltblatt ‚Wir mischen uns ein‘
Fahrplan D.B.

IMPRESSUM

Die Friedenssteuer Nachrichten (FN) werden herausgegeben vom Netzwerk Friedenssteuer e.V.

V.i.S.d.P. & verantwortliche Redakteurin:
Gertie Brammer

Die FN erscheinen i.d.R. 2x pro Jahr (Auflage 700 St.) und gehen an alle, die sie bestellen, unsere Erklärung unterschrieben oder Informationsmaterial angefordert haben.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 4. November 2017

www.friedenssteuer.de

UNTERSTÜTZERKREIS



Andreas Zumach

„Ich unterstütze die Schaffung einer Zivilsteuer, damit die dringend erforderlichen zivilen Instrumente zur Bearbeitung von Konflikten endlich in ausreichendem Umfang finanziert werden können.“



Lutz Krügener

„2 % des BIP für den Verteidigungshaushalt hieße, das zusätzliche Ausgaben von ca. 25 000 Mio. Euro pro Jahr. Diese Summe für Ziviles eingesetzt könnte in unserem Land und weit darüber hinaus manche Ungerechtigkeit und Umwelterstörung verhindern. Deshalb kann ich mich dem Ziel vom „Netzwerk Friedenssteuer“ gut anschließen!“

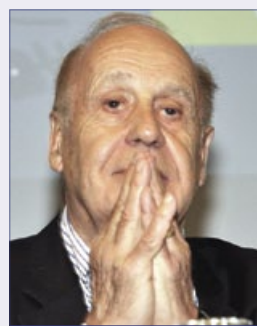
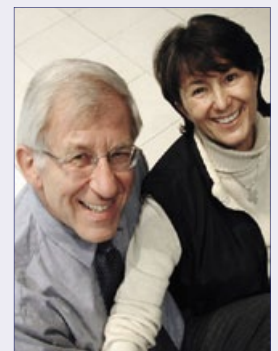
Dr. Markus A. Weingardt

„Gewaltlose Konfliktbearbeitung wird oft als naiv und weltfremd belächelt, Militärpolitik gilt als klug und stark. Damit werden enorme Rüstungsausgaben und -lieferungen gerechtfertigt. Die Wirklichkeit spricht allerdings eine ganz andere Sprache. Wer ist hier also weltfremd?!“



Biggi und Franz Alt

„Das Ur-Ethos aller Religionen „Du sollst nicht töten“ muss erweitert werden durch das Recht, das Töten nicht durch Steuern finanzieren zu müssen. Ein Zivilsteuergesetz ist eine Frage des Gewissens und des gesunden Menschenverstandes. Nicht nur Schwerter, auch Steuern können wir zu Pflugscharen umrüsten.“



Jean Ziegler

„Die Arbeit für Friedenssteuer ist wichtig und hochaktuell, ich unterstütze Ihr Engagement, denn: ich glaube an den Aufstand des Gewissens.“

Mehr über die Unterstützer unter:
www.friedenssteuer.de

Nicht jammern – klagen!

Gertrud Nehls berichtet über ihre Klage vor dem Finanzgericht Münster (20. Januar 2017)

Ich bin in 2005 in Irak gewesen und habe dort unendlich viel Leid gesehen, das durch abgereichertes Uran (DU), also dem Abfall von angereichertem Uran für die Atomkraftwerke, angerichtet wurde. Auch in anderen Ländern wie Afghanistan, Bosnien und Gaza wurde Munition, die DU enthält, eingesetzt. Beim Abschuss erreicht diese Munition eine Hitze von bis zu 5000 Grad und kann Bunker zerstören oder Panzer durchbrechen. Der feine, hochgiftige Staub wird vom Wind weit fortgetragen und in die Regionen verteilt. In verschiedenen Regionen von Irak ist DU seit langer Zeit im Grundwasser angekommen. Kinder haben mit den leeren Hülsen gespielt: die Erinnerung an einen Besuch einer Kinder-Leukämiestation wurde für mich der Grund für meine Steuerverweigerung!

Es ist mir in mehreren Jahren nicht gelungen, diese Katastrophe in die Öffentlichkeit zu bringen.

Prof. Horst Siegwart Günther hat das Problem entdeckt und hatte große Schwierigkeiten mit dessen Veröffentlichung! Übrigens hat er mir 2006 gesagt, dass eine Firma in NRW das DU so verpackt, dass es verschossen werden kann. <http://www.whistleblower-net.de/blog/2006/10/20/zivilcourage-in-der-risikogesellschaft/>.

Immer wieder auf der Suche nach einer Möglichkeit, dieses Elend, dieses Unrecht in die Öffentlichkeit zu bringen, stieß ich 2013 auf das *Netzwerk Friedenssteuer* und das Thema Steuerverweigerung aus Gewissensgründen. DAS war es: Meine Steuern nicht für Krieg! Für das Steuerjahr 2013 habe ich dann 11% meiner Einkommenssteuer einbehalten und auf ein Anderkonto überwiesen.

Mit Unterstützung des *Netzwerk Friedenssteuer* konnte ich diese DU-Katastrophe durch eine Klage beim Finanzgericht in die Öffentlichkeit bringen. Das Finanzgericht Münster hat meine Begründung ernst genommen und den Prozess sehr gut vorbereitet. Es hat sogar Medien informiert, und diese haben tatsächlich berichtet (*Westfälische Nachrichten, IKZ, NRZ, Sputnik*). Es waren viele BeobachterInnen gekommen, auch ein paar FN-LeserInnen; sie wurden vom vorsitzenden Richter sehr freundlich begrüßt!



Dieser Richter hat mir während des Prozesses dann aber den Rat gegeben, die Klage zurückzuziehen. Ich würde den Prozess nicht gewinnen können: der Staat verteilt die Steuern, einzelne Bürger dürfen keinen Einfluss nehmen. Das Übliche.

Mir wurde aber vom Gericht Mut gemacht, nicht aufzugeben!

Da wir für die nächsten Generationen Verantwortung tragen, müssen wir alles versuchen, sie vor DU zu schützen!

In 2001, noch bevor der Afghanistankrieg anging, gab es im Bundestag eine Diskussion zu DU. Die Bundestagsabgeordneten wussten und wissen also Bescheid! Kurz danach wurden in Afghanistan mit DU „Höhlen ausgeräuchert“ (Zufluchtmöglichkeiten in den Bergen) – wie es in der *Frankfurter Rundschau* stand!

Als ich 2005 die einmalige Chance hatte, von Frankfurt aus nach Bagdad zu fliegen, war ich nicht allein im Flugzeug, es gab wichtigere Leute! Ich verstehe bis heute nicht, dass die Politiker aller Parteien und die Medien nicht über diese Verbrechen an der jetzigen und den kommenden Generationen informiert haben! Deutschland hat diese Waffen bis heute nicht geächtet! Es gibt ein ungeschriebenes Gesetz des Schweigens zu diesem Thema!

Gut, dass es ein *Netzwerk Friedenssteuer* gibt, auch wenn solche Prozesse (noch) nicht gewonnen werden können!

Gertrud Nehls, Hagen

EIN HALBER ABSCHIED

Bei der Jahresversammlung verabschiedete sich Friedrich Heilmann aus der aktiven Mitarbeit. Es waren schon viele Aufgaben, die er erledigt hat, von 2001 bis jetzt. Or-

ganisator von zwei Internationalen Konferenzen, 10 Jahre Vorstandsarbeit, Lobbyarbeit, Layout für 20 FN-Hefte und Aufbau der Internetseite. Und jetzt setzt er sich noch einmal für CPTI ein. Glücklicherwei-

se bleibt er uns aber als Mitglied erhalten, so dass wir ihn bei den Jahrestreffen weiterhin sehen werden. Großen Dank, Friedrich, und wir wissen dich zu finden, wenn wir Fragen haben oder Fotos brauchen!

Nadelstiche

Unser Netzwerk verfolgt im Moment nicht aktiv den Rechtsweg bis zur Klage, weil jetzt keine positiven Urteile zu erwarten sind, nach allem, was wir erfahren haben. Es hätte wieder dann einen Sinn, wenn ein Mensch direkt persönlich vom Militär geschädigt wurde (z.B. ein Soldat mit PTBS) und zur Klage in unserem Sinne bereit wäre. Wer so jemanden kennt: bitte melden!

Was wir wohl machen: den Finanzämtern immer wieder kleine Nadelstiche beibringen, die, wenn genügend Menschen mitmachen, hier zu mehr Sensibilität führen können. Im Folgenden finden Sie zwei Vorschläge.

1. EINE NEUE IDEE FÜR EINE EINFACHE AKTION

kommt von einem FN-Leser in Norwegen, Heiner Glitsch.

Er regt an, Briefe direkt an die Fraktionsvorsitzenden des Bundestags zu schreiben, weil nicht die Steuerbehörde, sondern nur die Politik entscheiden kann. Sein Textvorschlag:

„Sehr geehrte Damen und Herren Bundestagsabgeordnete!

Mit diesem Schreiben wende ich mich an Sie mit der Bitte, mich von der Militärsteuerpflicht freizustellen, und den entsprechenden Anteil für friedliche Zwecke zu verwenden. Begründung:

UNICEF schreibt im Januar 2017:

Wir können uns keine Ruhe gönnen, so lange es Kinder gibt, die leiden. Überall auf der Welt sind Kinder betroffen von zahlreichen Krisen, und der Bedarf für notwendige Hilfe ist in vielen Ländern groß: nicht zuletzt in Konflikt ausgesetzten Ländern wie z. B. Syrien, Jemen und Nigeria. Kinder haben einen desperaten Bedarf an Ernährung, Beschützung, Fürsorge und Schulbesuch. UNICEF hilft Kindern, soweit die Mittel reichen. Mit mehr Mitteln könnten wir mehreren helfen.

Es eilt. Diese Kinder können nicht warten.

Immer mehr zeigt sich mir, wie militärische Einsätze humanitärer Hilfe im Wege stehen. Ich kann nicht die Augen davor verschließen, dass meine Militärsteuergelder den Effekt meiner Spenden für u.a. UNICEF beeinträchtigen. Deshalb bitte ich Sie als Gesetzgeber um dieser Kinder Willen um Freistellung von der Pflicht, Steuern für das Militär zu bezahlen. Der entsprechende Betrag soll friedensfördernden Maßnahmen wie z. B. UNICEF zugute kommen.

Ich hoffe auf einen positiven Bescheid. Es eilt. Diese Kinder können nicht warten.

Mit freundlichen Grüßen"

2. PROTEST GEGEN RÜSTUNGSFINANZIERUNG ÜBER DIE KFZ-STEUER

Der erste Schritt muss ein kurzer Brief an das zuständige Zollamt sein, in dem die Zustimmung zum Lastschriftzug widerrufen wird; ein Satz genügt. Die Zollbehörde antwortet nicht unbedingt. Sie wird fällige Kfz-Steuern nicht mehr einziehen, aber auch nicht an den Abgabetermin erinnern. Den Termin muss man sich also in den Kalender schreiben und rechtzeitig selbst überweisen – mit Kfz-Kennzeichen und Kassenzeichen.

Bei Fälligkeit der Kfz-Steuer kann man nun einen Protestbrief an die Behörde schreiben oder einen Teilerlass beantragen; z. B. mit dem Hinweis, dass in 2017 für militärische Verteidigung 37 Mrd. Euro, entsprechend ca. 11% des Bundeshaushalts, veranschlagt sind. Der Hinweis auf Steigerung bis 2% des BIP (über 70 Mia.!) bis 2024 könnte auch aufgegriffen werden. Der zurückbehaltene Betrag kann auf das Anderkonto des Netzwerk Friedenssteuer überwiesen werden mit Angabe von Namen und Adresse, damit der Betrag ggf. nach Ablauf von drei Jahren zurück überwiesen werden kann, falls er nicht schon vorher zurück verlangt wurde.

Mehr Informationen über die möglichen Konsequenzen dazu finden Sie auf unserer Internetseite: www.friedenssteuer.de/index.php/aktuell/anderkonto (Anderkonto IBAN: DE44 4306 0967 7902 2287 01, GLS). Erfahrung mit KFZ-Steuerverweigerung hat Herbert Römpf. Er würde sich sehr über Ihre Nachricht freuen und Aktionen gemeinsam auswerten: Herbert Römpf, Neuburger Str. 32, 91161 Hilpoltstein. Mail: herbert.roempf@gmx.de. Ebenfalls Erfahrung hat Dr. Brigitte Janus, die Sie über die Redaktion erreichen können. Sie hat erst nach dreimaliger Mahnung und dann Androhung der Stilllegung ihres Autos bezahlt.

Zum Schluss: Es gibt den ‚Leitfaden Militärsteuerverweigerung‘ für 10 Euro + Versandkosten bei Dr. Marduk Buscher, Schirmhofweg 1 in 76530 Baden-Baden, Telefon: 07221-2168-44, Mail: MardukBuscher@t-online.de

Wolfgang Steuer, Trossingen

KAMPAGNE BÜRGERBÜNDNIS 2017

Wahlprogramm der Zivilgesellschaft



UNSERE KAMPAGNE, DIE WIR IN FN 53 ANKÜNDIGTEN, HAT LAUFEN GELERNT!

Damit andere Organisationen und Gruppen sich nicht von unserem Netzwerk vereinnahmt fühlen („Ihr wollt ja nur euer Spezial-Ziel durchsetzen“), haben wir ein Logo entwickeln lassen, worin unser Namen gar nicht vorkommt. Unser Ziel soll auch nicht wichtiger als die anderen erscheinen – es geht uns tatsächlich darum, dass ‚die Friedensbewegung‘ wieder stärker als Ganzes nach außen in Erscheinung tritt und so von den BundestagskandidatInnen besser wahr- und ernstgenommen wird. In diesem Rahmen findet sich dann auch unser Zivilsteuergesetz. Unser Kampagnenbüro, das wir in Bad Hersfeld eingerichtet haben, erscheint ebenfalls nicht unter unserem Vereinsnamen, sondern unter ‚Bürgerbündnis 2017‘.

Von dort aus haben Michael Held und unser FÖJler, Marco Gritzan, ca. 200 Gruppen zum Mitmachen angefragt. Leider konnten sich nur 25 Gruppen zur Formulierung ihrer Forderungen an die Regierung entscheiden; 16 von ihnen waren damit einverstanden, dass wir sie als Unterstützer der Kampagne nennen. Ein Dutzend größere Organisationen verwies auf ihre veröffentlichten Programme – das hieß also: studieren und zum Teil selber formulieren. Diese Zahlen sind schon enttäuschend, aber dies ist ja auch nur ein erster Versuch; eine solche Kampagne gab es noch nicht. Mehrere Gruppen mussten sich erst einmal überlegen, wie sie ihre Forderungen genau formulieren sollten – sie taten es, und das war ein positiver Effekt.

Das Ergebnis liegt jetzt in Form eines DB-Fahrplans diesem Heft bei, eingelegt in ein Faltblatt für diejenigen, die vor Ort aktiv werden wollen. Wir meinen, allen mitgeteilten Forderungen gerecht geworden zu sein (nur wenige Forderungen, die auf kommunaler Ebene umgesetzt werden sollten, haben wir nicht aufgenommen). Sie finden in dem ‚Fahrplan‘ eine zusammenhängende Übersicht aller Forderungen, nach Hauptgebieten sortiert.

Nun fängt also bald die ‚heiße Phase‘ des Wahlkampfes an. Wir schicken allen DirektkandidatInnen der Wahlkreise unseren ‚Fahrplan‘ zu, sowie einmal an alle Landeslisten und an die mitwirkenden Gruppen. Das besorgt Marco Gritzan.

Alle ‚Zugbegleiter‘, teilnehmende Gruppen und Organisationen bekommen ihn natürlich auch.

Jetzt geht es um das Wichtigste: die Menschen, die vor Ort aktiv werden wollen: sie bekommen den Fahrplan ebenfalls, müssen ihn allerdings anfragen, denn wir werden die wenigsten persönlich kennen.

HIER EINE ÜBERSICHT DER MÖGLICHKEITEN, AKTIV ZU WERDEN:

- Verteilen Sie den Fahrplan in Ihren Kreisen (auf Anfrage schicken wir gerne mehr Exemplare).
- Befragen Sie die DirektkandidatInnen in Ihrem Wahlkreis, am leichtesten per Mail. Verweisen Sie auf den Fahrplan, den sie bekommen haben. Wenn die Angesprochenen ihn nicht (mehr) finden – er steht auf der Kampagnen-Internetseite www.buergerbuendnis2017.de, Sie können ihn anhängen. Wir können ihn aber auch gerne nochmal in Papierform an die KandidatInnen schicken, wenn Sie das bei uns anfragen (beim Kampagnenbüro, s.o.).
- **Am besten ist es**, wenn Sie Wahlkampfveranstaltungen besuchen; entweder von einzelnen Parteien, oder bei Podiumsdiskussionen mit mehreren Parteien. Wenn Sie uns solche Veranstaltungen rechtzeitig melden (mit vollständiger Orts- und Zeitangabe) schauen wir, ob wir Sie mit anderen Aktiven in der Nähe vernetzen können. Es ist wirkungsvoller, wenn man zu mehreren hinget, dann kann man sich über eine Aufteilung der Forderungen verständigen. Weisen Sie immer darauf hin, dass es um den richtigen Zusammenhang der Forderungen geht, lassen Sie sich nicht auf **eine** Forderung beschränken.

WIR WÜNSCHEN IHNEN UND UNS VIEL ERFOLG!

Michael Held und Marco Gritzan



DIREKT ZUR
INTERNETSEITE

Kampagnenbüro

Klausstraße 31 | 36251 Bad Hersfeld
Telefon 06621 640 58 28
m.held@buergerbuendnis2017.de
m.gritzan@buergerbuendnis2017.de
www.buergerbuendnis2017.de

Büchel ist überall! Atomwaffenfrei JETZT

Rückblick und Ausblick von Gertie Brammer

Vom 14.– 17. Juli 2016 war unser Netzwerk bei der Aktion „20 Wochen Präsenz“ vor den Haupttoren des Atomwaffenstützpunktes Fliegerhorst Büchel durch Brunhilde Stötzner, Ria Makein, Gertrud Nehl, Michael Held, Brigitte Janus und Gertie Brammer vertreten.

Diese sechs Friedenssteuerleute agierten zusammen mit TeilnehmerInnen aus anderen Gruppen (Friedensbüro Hannover, Versöhnungsbund, Forum Friedensethik Freiburg/FFE, Leute aus Mainz, Bad Hersfeld, Kassel, Trier – immer waren wir ca. 50 Personen zusammen). Eine schöne Überraschung war, dass mit der Gruppe aus Freiburg auch Uta Pfefferle und Mechtild Eisfeld dazu kamen, die ebenfalls unserem Netzwerk seit langem angehören – so waren wir eigentlich acht.

WAS HABEN WIR GEMACHT IN BÜCHEL?

Mahnwache, ganztags. In Form einer Blockade. Wir hatten die Erlaubnis für Mahnwachen und Demonstrationen, aber nicht für Blockaden. Also rief die Bundeswehr die Polizei an, die dann auch kam. Es war gemütlich mit der Polizei. Man nahm unsere Personalien auf, akzeptierte, dass es keine Einsatzleitung gab, sagte uns Post von der Staatsanwaltschaft voraus, die aber nichts Ernsthaftes beinhalten würde (wir haben nichts bekommen). Sie plauderten noch eine Weile, dann zogen sie ab. Die Blockade war nicht unterbrochen worden. Am nächsten Tag das gleiche, mit anderen Polizisten. Nett! Auch die paar Soldaten, welche das Tor überwachten, waren ganz normal ansprechbar und nahmen unsere ‚Geldscheine‘ gerne entgegen. Wir konnten sie auch ungestört zwischen den Scheibenwischern der Autos auf dem Militärgelände stecken. Gemächlich.

WAS BRACHTE DAS GANZE?

Dass Diejenigen, die hinein oder hinaus wollten, auf den Widerstand stießen. Die Fahrer der Militärfahrzeuge hatten das nun schon 15 Wochenenden erlebt und wussten genau, dass sie nur 6 km zum nächsten Tor umfahren mussten. Einmal war das aber ebenfalls blockiert, aber es gab noch weitere drei Tore! Einige Militärs zeigten uns den Vogel, aber niemand stieg aus.

Heftige Reaktionen gab es manchmal von zivilen Firmen, die auf dem Gelände zu arbeiten hatten. „Wir sind 100 km gefahren, wir machen nur unsere Arbeit, seid ihr verrückt? Lasst uns durch!“ „Ich muss mit meiner Arbeit hier meine Familie ernähren!“ Unsere Argumente, z. B. , dass die Gasöfen in Auschwitz auch von zivilen Firmen gebaut worden waren, ließen sie an sich abprallen. Kurzum: es kam nicht zu vernünftigen Gesprächen, außer mit der Polizei. Einige unbeteiligte Fahrer, die nur vorbeifuhren, zeigten den gehobenen Daumen. Alle mussten um den Kreisel herumfahren und konnten so unsere vielen Transparente wahrnehmen.

War es nun nutzlos? Wir hoffen: nein. Die lange Dauer der Aktion, die jährliche Wiederholung („Wir kommen zurück!“), die vielen verschiedenen Akteure werden schon das Nachdenken in der Region, bei der Bundeswehr, den amerikanischen Kollegen als auch in den Medien dort angeregt haben. Wichtig wäre, dass die Region andere Arbeitsplätze bekommt, denn viele freuen sich einfach nur, wenn sie für die Militärs

arbeiten können – „...sonst müssten wir hier wegziehen!“

UND WAS BRACHTE ES UNS?

Die Befriedigung, dass unser kleines Netzwerk *Friedenssteuer* die 20-wöchige Aktion tatkräftig unterstützt hat. Auf der Wiese an der



Ecke, wo man zu dem Einfahrt abbiegt, haben wir ein Walnussbäumchen gepflanzt als Symbol für die harte Nuss, die hier zu knacken ist (s. Bild). Daran hängt eine Tonschale mit unserem Logo. Auf dieser Wiese haben auch andere Gruppen ihre Symbole angebracht; die Wiese gehört zum Grundstück einer Firma, die sie zur Verfügung gestellt hat. Ansonsten hatten wir regen Austausch mit den anderen Gruppen – gut für die Vernetzung. Es gab auch einen sehr interessanten Experten-Vortrag von Dirk Harmsen (Forum Friedensethik/FFE, Karlsruhe) über die 20 Atomraketen (bei der Redaktion abrufbar). Lustig war eine Familienfeier von Michael Held, wozu er alle BlockiererInnen mit eingeladen hatte. Wir picknickten ausgiebig vor dem Tor. Die Verwandten zeigten viel Interesse – vielleicht ein Zugewinn für unser Netzwerk?

Großen Dank an die Organisatorin, die 20 Wochenenden vor Ort war: Marion Küpker.

AUSBLICK

Am 26. März 2017 war Auftakt zur 20-wöchigen **Aktion 2017** – bis zum 9. August (Hiroshima-Tag). **Vom 28.– 30. Juli** nehmen wieder teil: Ria Makein, Brigitte Janus und Gertie Brammer. **Zum Schluss (7.– 9. August)** gehen dann wieder hin: Michael Held, Lina Hoffmann und Ria Makein. Wer noch dazu kommen will, kontaktiere Brunhilde Stötzner: **Telefon 036427-213508, bruni.stoetznert@t-online.de**, auch wegen Unterkunft (bitte frühzeitig!).

Disarm! For a Climate of Peace

Creating an Action Agenda?

Bericht über den IPB World Congress, 30.09. – 03.10.2016 in Berlin, Freie Universität

Das *International Peace Bureau* ist mit seinem 125-jährigen Jubiläum (gegründet 1891/92) das älteste globale Friedensnetzwerk mit mehr als 300 Mitgliedsorganisationen in über 70 Ländern. Der Hauptfokus liegt auf ‚Abrüstung für nachhaltige Entwicklungsziele‘ (disarmament for sustainable development).

Die Organisation veranstaltet seit 2011 den jährlichen, *Global Day of Action on Military Spending/ GDAMS*, in Zusammenhang mit den Zahlen der globalen Rüstungsausgaben des Friedensforschungsinstituts SIPRI. Mehr Informationen finden Sie leicht im Internet.

Das Ziel der Konferenz war, eine Aktionsagenda* gegen die steigenden Rüstungsausgaben zu erarbeiten. Ausführen müssen die Mitgliedsgruppen diese Agenda vor Ort.

Es wurden gut 800 Teilnehmende registriert, die in der riesigen Aula nicht groß auffielen.

Von unserem Netzwerk nahmen teil: Wolfgang Steuer, Hannelore Morgenstern und Gertie Brammer.

Wir waren in anregender Gesellschaft von CPTI-Mitgliedern aus Belgien (Jan Hellebaut, Carla Goffi und Ria Verlauw), Großbritannien (Robin Brookes und Shaughan Dolan), Norwegen (Heidi & Jorgen Anderson und Penny Heymans) und USA (Cathy Deppe und Alex Walker).



Nach den etwas ausufernden und teils langwierigen Begrüßungsreden von der politischen Elite (glänzend schwarze Staatskarossen mit Chauffeur – immerhin! Welche sonstige Friedensorganisation bekommt diese Ehre?!), nahmen wir alle an verschiedenen Workshops teil. Selber boten wir als CPTI gemeinsam einen Workshop an, der von Shaughan Dolan überraschend lustig-streng moderiert und von Robin Brookes überzeugend eingeführt wurde. Anschließend erzählte jede Landesgruppe über die Situation und Entwicklung im eigenen Land. Zum Schluss wurde ein kleiner Sketch aufgeführt, der bei den Teilnehmenden gut ankam;

hoffentlich werden sie dadurch unser Thema nicht so leicht wieder vergessen. Wir haben die eMailadressen unserer BesucherInnen notiert und Robin wird Kontakt halten. Das ist übersichtlich bei nur 11 Teilnehmenden. Schwacher Trost: die Zahlen lagen bei den anderen Workshops nicht viel höher.

Insgesamt waren wir schon etwas enttäuscht. In der Aula wurden sehr viele Referate gehalten, von unterschiedlicher Qualität. Wir hätten es besser gefunden, wenn stattdessen mehr Raum für mehr Workshops oder für richtige Begegnung gewesen wäre. Viele Teilnehmende liefen jetzt überall herum, auf der Suche nach interessanten Gesprächspartnern – mehr oder weniger Glückssache, wenn man welche fand.

Wir hatten versucht, bei der Planung der Konferenz unser Thema ‚Militärsteuer‘ (‚Military Tax‘) auf die Agenda von GDAMS unterzubringen. Das hat nicht funktioniert. Es wurde zwar signalisiert, dass man unser Thema wichtig fand, aber weiter ging es nicht. Daraufhin versuchten wir, bei einem Pannel zum Thema GDAMS mit auf's Podium zu kommen. Auch das wurde nicht zugelassen. Dieses Pannel war dann eher nicht so überzeugend – nicht weil wir nicht mitspielen durften, sondern weil die Redner sehr trocken und wenig Praxis-bezogen referierten – und es waren nur wenige Zuhörenden im Raum, auch hier wieder.

Wie nun weiter? IPB und CPTI kannten sich vorher nicht; da ist es nicht verwunderlich, dass unser Thema nicht sofort auf die Agenda genommen wurde. Wir sind nicht mal Mitglied. Aber unsere Forderungen sind wie Zwillinge. CPTI könnte Mitglied werden und versuchen, von dem Mitglied WRI (*War Resisters International*) Unterstützung zu bekommen, da man dort sehr wohl Kriegsdienstverweigerung und Kriegssteuerweigerung neben einander kennt. Mitgliedschaft beim IPB wäre zudem anzustreben, weil diese große internationale Organisation sowohl unter NRO als in Regierungskreisen hohes Ansehen genießt (daher die ministerialen Redner bei der Eröffnung). Wenn wir ‚oben‘ wirklich etwas ändern wollen, wäre der IPB ein nützliches Forum. Diese Idee kommt auf das Tagesordnung des nächsten CPTI-Treffens.

Gertie Brammer mit Dank an Jan Hellebaut, der uns zur Teilnahme angestiftet hat und an Robin Brookes für seinen Bericht.

*) IPB's ‚Agenda for Action‘ findet sich hier: http://www.ipb.org/uploads/documents/other_docs/IPBAgenda.pdf

Conscience and Peace Tax International/CPTI

CPTI-KONFERENZ UND MITGLIEDERVERSAMMLUNG 23. – 25.06.2017

Der Vorstand von CPTI lädt nach London ein. Neben der notwendigen Mitgliederversammlung geht es um die laufende Arbeit in Genf beim Menschenrechtsrat und um die Zukunft von CPTI – sowohl was Inhalte als auch Personen betrifft (Neuwahl). Das Netzwerk Friedenssteuer/NWFS ist in der langen Veränderungsphase beibehaltendes Mitglied geblieben. Im Juni werden vom NWFS teilnehmen: Dietmar Czerny, Hannelore Morgenstern, Friedrich Heilmann und Jan Birk. Dieses Treffen ist ein notwendiger Schritt. **Wir sind dankbar**, wenn die deutschen Konferenz-Teilnehmenden mit einer Spende unterstützt werden.



RÜCKBLICK – AUSBLICK

Seit dem Sommer 2014 versucht der Vorstand von CPTI – Vorsitz Dietmar Czerny (D), Schatzmeister Robin Brookes (UK), und Milena Romero (CO) – mit Assistenz von Friedrich Heilmann (D) die Arbeit von CPTI zu stabilisieren. Eine erste Arbeitstagung mit 15 Teilnehmenden fand im Frühjahr 2015 in London mit weitreichenden Verabredungen statt.

Zwei Jahre später müssen wir resümieren, dass von allen Arbeitsvorhaben kaum etwas umgesetzt wurde. Außer dem Vorstand und Christophe Barbey, der CPTI bei der UNO in Genf vertritt, hat trotz mehrfacher Erinnerung niemand Aktivitäten entwickelt.

- Der Vorstand führt regelmäßig Skype-Sitzungen (7 x im Jahr 2016) durch.
- Eines der großen Vorhaben war die Durchführung einer Internationalen Konferenz 2017 in Kopenhagen. Sie musste im Herbst 2016 endgültig abgesagt werden, weil bis Oktober weder Tagungsort und Finanzierung, noch Thema und Vorbereitungsteam feststanden.
- Beim CPTI-Arbeitstreffen im Juni in London wird ein weiterer Neustart mit der Findung von neuen Vorstandsmitgliedern und aktiven Mitgliedern versucht. Falls dies nicht ausreichend gut gelingt, muss wohl CPTI aufgelöst werden.

Turnusgemäß wird nur ein Teil des Vorstandes neu gewählt; das englische Vereinsrecht sieht eine zwingende Neuwahl von 1 – 2 Leuten vor. Dadurch ist Kontinuität gewährleistet. Friedrich Heilmann wird nicht wieder kandidieren, Dietmar Czerny macht seine weitere Tätigkeit von der Unterstützung durch neue Vorstandsmitglieder und aktive Mitglieder abhängig. Cathy Deppe (USA), Derek Brett (GB) und Jan Birk (D) signalisieren Interesse.

- Auch wird u.a. unten stehender Vorschlag besprochen.
- CPTI hat zurzeit 14 Mitglieder aus Belgien, BRD, Großbritannien, Kolumbien, Norwegen, Schweiz und USA. Der Finanzhaushalt umfasst 4.700,- GBP, fast gleichbleibend, da kaum Ausgaben und Einnahmen stattfinden.
- Zum UN-Menschenrechtsrat wurde von Christophe Barbey ein Bericht zur Wehrdienst- und Kriegssteuer- verweigerung in der Schweiz vorgelegt, ehrenamtlich. Um weiter qualitativ hochwertige Berichte zu anderen Ländern zu erarbeiten, müssen wir seine Tätigkeit bezahlen, was unser Budget bisher nicht zulässt. Wie alle NRO lebt auch CPTI vom Engagement der Mitglieder und SympathisantInnen. Davon brauchen wir mehr – doch wie finden?

Dietmar Czerny und Friedrich Heilmann

CPTI-VORSCHLAG:

MILITÄRSTEUERVERWEIGERUNG AUF DIE IPB ACTION AGENDA FOR PEACE!

„Weltweit ist jeder Mensch ein Soldat, bedingt durch das Steuersystem. Ein bedeutender Teil der Steuern, die wir zahlen, fließt zum Militär.

Es gibt Menschen, die aus Gewissensgründen Militärsteuer verweigern, genauso wie Menschen, die aus Gewissensgründen Militärdienst verweigern.

Militärsteuer- verweigerung sollte durch die Regierungen anerkannt werden. Dieses Individualrecht muss in eine konkrete gesetzliche Form gegossen werden, so dass der Steueranteil der Gewissensbeschwerden, der an das Militär geht, exklusiv für gewaltfreie Konfliktbearbeitung verwendet wird, in Übereinstimmung mit dem Nachhaltigkeitsziel 16 der UNO und der Empfehlung vom Weltrat der Kirchen 2009.“

Hannelore Morgenstern, Köln + Robin Brookes, Wiltshire UK

Was machen die Anderen?

MÜNCHENER SICHERHEITS-KONFERENZ VERÄNDERN

Im Februar haben Katharina Rottmayr, Ulla Klotz und Barbara Pontz sich auch dieses Jahr wieder für Veränderung der nur auf militärische ‚Lösungen‘ ausgerichteten Münchener Sicherheits Konferenz eingesetzt. Sie waren Teil der Organisation und haben auch Info-Material für die Friedenssteuer verteilt. Zwei der Mitglieder ihrer Gruppe wurde erlaubt, als BeobachterInnen an der Sicherheitskonferenz teilzunehmen. Eine von Ihnen war die Schriftstellerin Daniela Dahn, die eine sehr lesenswerte Zusammenfassung geschrieben hat, zu finden unter www.danieladahn.de.

OHNE RÜSTUNG LEBEN

Unter der Überschrift „Keinen Cent mehr fürs Militär: 6715 Unterschriften übergeben“ hat Ohne Rüstung Leben Stellung bezogen zu den geplanten und bereits eingeleiteten Steigerungen des deutschen Rüstungsetats. In den beiden letzten Jahren ist der Etat (Haushaltsplan 14) jeweils um 2 Mrd. Euro auf nunmehr 37 Mrd. Euro gestiegen! Dagegen wehren sich Tausende Bürger. Bis Oktober 2016 konnte ORL 6715 Unterschriften sammeln und an Dr. Gesine Löttsch, Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Bundestages, senden. Wir halten die Entwicklung und Beschaffung von immer mehr Waffensystemen wie waffentragende Drohnen und Angriffe durch Cyberattacken für kontraproduktiv – ein hilfloses Reagieren auf neue Formen von Kriminalität und Machtgehabe. Finanzmittel, die für Bildung, zivile Konfliktlösung und Entwicklung bei uns und in Partnerländern dringend gebraucht werden, verbrennt hier eine Politik ohne Zukunftsperspektiven.

Quelle: Ohne Rüstung Leben –
Nachrichten Januar 2017

Wolfgang Steuer

KAMPAGNE „MACHT FRIEDEN – ZIVILE LÖSUNGEN FÜR SYRIEN“

Lange schon war es unser Anliegen, dass die Friedensbewegung eine gemeinsame Kampagne startet. In den 80er Jahren war noch viel Bewegung und breites Engagement zu spüren gewesen, auch noch während der Ostermärsche in den 90ern mit großem Zulauf und Medienecho.

Heute berichten die ‚bürgerlichen‘ Zeitungen und Medien selten über Aktionen, und immer wieder sagen mir Leute meiner Umgebung, dass die Friedensbewegung verstummt sei, trotz der vielen Spannungen und Kriege weltweit. Das sind Menschen, die selber nicht in der Friedensbewegung aktiv sind aber erwarten, dass ihnen die Hand gereicht wird. Wir werden gebraucht!

So begrüßen wir es, dass das Netzwerk Friedenskooperative, das rege und sehr aktive Büro in Bonn, nach Vorbereitung u.a. in Campaigne-Peace-Seminaren die Kampagne „Macht Frieden – Zivile Lösungen für Syrien“ bereits im Sommer 2016 begonnen hat und weiter führt. Eine Kampagnerin, Elise Kopper, ist dazu auf Teilzeitbasis eingestellt und wird von ihren Kollegen im Büro und einem Kampagnenrat unterstützt. Bisher 25 Organisationen der Friedensbewegung – dabei auch das Netzwerk Friedenssteuer – bilden den Trägerkreis. In Auswertungs- und Planungstreffen werden Vorgehen, Lobbyarbeit, Resonanz samt Medienecho beurteilt und weiter geplant. Das erste Etappenziel war Lobbyarbeit mit Bundestagsabgeordneten, um eine Ablehnung des Auslandseinsatzes der Bundeswehr in Syrien zu erreichen. Im November 2016 stimmten die Abgeordneten mit etwa gleicher Zustimmung wie 2015 dem Einsatz zu, wobei einzelne MdB offensichtlich aus Gesprächen mit Aktiven der Friedensbewegung gelernt haben und ablehnten.



Für Samstag, den 13. Mai, bereitet die Kampagnengruppe ein sicher interessantes Seminar in der Karl-Rahner-Akademie in Köln vor, in dem neben Information über politische Möglichkeiten einer Friedenspolitik vor allem die Vorbereitung praktischer Arbeit wie „Graswurzel-Lobbyismus“, Argumentieren mit Politikern und Aktionen für lokale Gruppen angeboten wird (www.machtfrieden.de/Aktionskonferenz-2017).

Wir versuchen zur Zeit gegenseitige Verstärkung zu erreichen, zwischen dieser Kampagne und unserer eigenen. Bei unserer Lobby-Arbeit im Wahlkampf werden wir die lokalen Gruppen bitten, für beide Kampagnenziele zu sprechen. Das ist in sofern einfach, als die Ziele von ‚Macht Frieden‘ auch in den Zielen unserer eigenen Kampagne enthalten sind.

Auch nach der Bundestagswahl werden wir die Syrien-Kampagne – auch mit den gewonnenen Erfahrungen – unterstützen.

Wolfgang Steuer

DIE SCHWEIZ

In der Schweiz gibt es neben das (Un-)Wort des Jahres auch den Satz des Jahres. Der lautete 2016: „Vielleicht müssen wir die Granaten in Zukunft ohne Logo liefern, damit niemand weiss, woher sie stammen.“ Der Satz stammt vom SVP-Politiker Andreas Glarner und bezieht sich auf ein IS-Attentat in der Türkei, bei dem schweizer Granaten eingesetzt wurden. „Der Satz erscheint der Jury als Inbegriff helvetischer ‚Das geht uns nichts an -Mentalität-‘“, heißt es im Communiqué von Radio SRF 3, das die Aktion seit 2003 veranstaltet.

Hannelore Morgenstern

Evangelischer Kirchentag 2017

vom 25. bis 28. Mai in Berlin bis Wittenberg

Die *Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden/AGDF* organisiert in der Friedenswerkstatt Pankow 25 Veranstaltungen. In diesem Rahmen findet auch unser Friedenssteuer-Workshop statt (s. Seite 11).

Gut für den Kirchentag, aber nachteilig für uns, findet gleichzeitig in Berlin eine von der Kirchentagsleitung organisierte Podienreihe ‚Frieden‘ statt, mit beeindruckenden Namen.

Dort finden Sie uns also nicht. Der Friedenswerkstatt Pankow ist eine Alternativ-Veranstaltung der Friedensbewegung.

Dass es Alternativen wirklich braucht, wurde wieder klar am Beispiel einer sehr unglücklichen Einladung seitens der Kirchentagsleitung, nämlich an die Bundeswehr und die Militärseelsorge:

In der Kaiser-Wilhelms-Gedächtnis-Kirche wird am 26. Mai Militärbischof Rink eine zentrale Andacht leiten, bei der ‚Verteidigungs‘ministerin von der Leyen predigen wird. Die Friedensbewegung hat dagegen frühzeitig und wiederholt, aber vergeblich, protestiert, so auch unsere SzP-Gruppe. Aus unserem letzten Protestbrief vom April (von Hannelore Morgenstern, vollständiger Text auf unserer Internetseite) zitiere ich:

„Bereits im November 2016 haben wir uns mit anderen Organisationen gegen diese Veranstaltung ausgesprochen – offenbar ohne Erfolg. Je näher der Termin kommt, umso mehr steigen unter uns Unverständnis, Widerstand, Enttäuschung, Ärger, ja auch Empörung. (...)

So fragen wir Sie: Weshalb laden Sie ausgerechnet die Bundesverteidigungsministerin ein? Was kann gerade sie im Mai 2017 aus christlicher Sicht zu einem Gottesdienst beitragen?

Die Landeskirchen befinden sich in Prozessen, Kirche des gerechten Friedens zu werden.* Ist zu erwarten, dass die Verteidigungsministerin, die ständig mehr Geld für militärische Zwecke fordert, in ihrer Predigt einen Beitrag zu diesem Prozess liefern wird?

‚Frieden auf Erden‘ ist Zentrum der Verkündigung; das Gebot der Feindesliebe ist zu verkündigen und zu praktizieren. Das ist unaufgebbares Zentrum unserer Predigten; dies besonders in einer Zeit, in der

mehr denn je Kriege – auch mit deutschen Waffen und Streitkräften – geführt werden. Eine Predigt zur praktizierten Feindesliebe erwarten wir weder von der Verteidigungsministerin noch vom Militärbischof.

Wir erwarten von den Kirchen und der Kirchentagsleitung, dass sie eindeutig und konkret die gewaltfreie, konstruktive Konfliktarbeit in das Zentrum der Verkündigung stellen und dafür im Dialog mit Regierungsvertretern einstehen. Es sprengt unseren Glauben, dass das Leben, Leiden und Sterben Jesu Christi die Rechtfertigung von Krieg zulässt, auch nicht als „ultima ratio“. **Deshalb bitten wir Sie dringend, die Einladung der Verteidigungsministerin zurückzuziehen; am besten den ganzen ‚Militärgottesdienst‘ abzusagen.**

Eine politisch-christliche Debatte über Friedenswege sowie den angemessenen Geld- und Menschen-einsatz mit geeigneten FachministerInnen und andere Fachleuten passt durchaus zum Kirchentag. Weil das Geld unsere Steuern sind, haben wir vor der Parlamentsentscheidung über die Ressortzuteilung das Bestimmungsrecht** über die grundlegende Verteilungsrichtung: Zivil- oder Verteidigungsetat. Das Zivilsteuergesetz ist dafür unser Lösungsangebot. (...) Wir erwarten von Ihnen überzeugende Antworten oder andernfalls, dass es diesen Gottesdienst in der geplanten Form nicht gibt.“

*) In Magdeburg gibt es das Friedenszentrum des DEKT (Fr. 26.05, 15 h & Sa. 27.05.); Hegelstr. 5.

Da werden alle Angebote in ein Memorandum münden, im Sinne von ‚Kirche des Friedens‘ werden.

An diesem Prozess nehmen inzwischen so viele Landeskirchen teil, dass sich nun auch die EKD darum kümmert. Dahin geht unsere Hoffnung.

***) Dieses Bestimmungsrecht (Art.4 GG) haben wir, genau so wie das Recht auf Abstimmungen (Art.20), bisher nur theoretisch. Die Gesetze gehören umgesetzt zu werden. Die politische Elite blockte ab, bisher.

Wir hoffen Sie bei unserem Workshop zu sehen – bringen Sie viele Neugierige mit!

Die Redaktion

Friedenswerkstatt Pankow

zum Kirchentag 2017

ES REICHT! Unsere Steuern nicht mehr fürs Militär!

WORKSHOP zu Zivilsteuer, Friedensethik & Bürgerbündnis 2017

Freitag, 26. Mai 2017, 16:00 – 17:30 Uhr

Eine ernstgemeinte Friedenspolitik verwendet das Gros der Steuern für zivile Zwecke. Das vom Netzwerk Friedenssteuer/NWFS entwickelte **Zivilsteuergesetz** lenkt unsere Verantwortung als BürgerInnen und SteuerzahlerInnen auf dieses Ziel.

Die Kirchen können die Forderung nach einer Friedenssteuer ins öffentliche Gespräch bringen und unterstützen. Wie das Thema auf die Kirchenagenda kommt, erklärt (s. u.) Herr Iber, der in der **Kreissynode Neukölln-EKBO** den Antrag zum Zivilsteuergesetz stellte. Herr Ziegler arbeitet in der badischen Kirche an der **Weiterentwicklung der Friedensethik** mit.

Außerdem lädt das NWFS zum Gespräch über das **Bürgerbündnis 2017** ein, mit dem es, zusammen mit friedens-, umwelt- und entwicklungspolitischen, ökologischen und alternativ ökonomischen Netzwerken, ein Wahlprogramm der Zivilgesellschaft erarbeitet hat. Das Ziel ist, dass die nächste Regierung dieses in ihr Regierungsprogramm auf-

nimmt. Es informieren und diskutieren mit den Gästen:

Dr. theol. Harald Iber, Gesamtschulleiter i.K. a.D., Antragsteller für das Zivilsteuergesetz im Kirchenkreis Neukölln-EKBO

Theodor Ziegler, Lehrer, Mitglied Forum Friedensethik-EKiBa/FFE
Gisela Lattmann-Kieser, Pfarrerin i.R., NWFS

Wolfgang Steuer, Vors. NWFS, Kamp. Bürgerbündnis 2017: Wahlprogramm der Zivilgesellschaft

Ruth Lang, NWFS: Moderation

Im Gemeindehaus findet sich ein Infotisch; von 10:30 bis ca. 20:30 werden Getränke angeboten, ab 15 Uhr auch Kuchen. Ansonsten gibt es im Umfeld etliche nette Restaurants. Hinter dem Gemeindehaus liegt ein schöner Garten zum Entspannen, Reden und Nachklingen.

Gemeindehaus Alt-Pankow

Breite Straße 38*
an der Pankower Kirche
13187 Berlin-Pankow

* Achtung: es gibt in anderen Stadtteilen weitere Breite Straßen!

JAHRESTREFFEN

Ein Bericht über unsere Jahrestagung vom 30.03. – 01.04.17 in Erfurt fällt diesmal sehr kurz aus, weil alles Wichtige aus Erfurt in den vorherigen Texten enthalten ist! Bleibt zu erwähnen:

- Den Vortrag von Otfried Nassauer vom *Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit/BITS* zum Thema ‚Wohin steuert der Westen? Donald Trump und die europäische Sicherheitspolitik‘, der auch manch interessierten Erfurter anlockte. Seine Stellungnahme: In der aktuellen Konfrontation mit Russland erscheint ein Ausstieg Deutschlands aus der atomaren Teilhabe in der Nato und aus der von den USA geplanten Modernisierung der Atomwaffen besonders wichtig. Das fordern wir auch in unserer Wahlkampagne. Samstagmorgen konnten wir Nassauers Erfahrung für eine klarere Einschätzung unserer Kampagne – Formulierungen, politische Inhalte – nutzen.

- Das von einer (neuen) Anwältin geführte Anderkonto kostet leider so hohe Gebühren und Aufwandsentschädigung, dass wir beschlossen haben, es bis Jahresende zu kündigen. Ggf. kann man einen eigenen Anwalt damit betrauen.

- Nach Abschluss der Kampagne machen wir uns über die Zukunft unseres Vereins Gedanken, da wir keinen Nachwuchs haben gewinnen können und wir nicht jünger werden.

Die Redaktion



Netzwerk Friedenssteuer A D R E S S E N

Region/Titel	Vorname	Name	Straße	PLZ	Ort	Telefon	email
Öffentlichkeit/ Materialvers. Redaktion Friedenssteuer Nachrichten	Gertie	Brammer	Schützenweg 5		Karwitz-Lenzen	05861-985742	brammer@friedenssteuer.de
Steuern zu Pflugscharen	Hannelore	Morgenstern	Jesuitengasse 39a		Köln	0221-552525	hannelore.morgenstern@gmx.de
Internationales/CPTI	Dietmar	Czerny	Neuburgstr. 5		Feldkirchen-Westerham	08062-7261067	d.czerny@gmx.de
Vernetzung	Michael	Held	Si.-Haune-Str. 15	36251	Bad Hersfeld	06621-620186	a-p-s@gmx.de
Region Berlin	Gisela	Lattmann-Kieser	Heinz-Bartsch-Str. 5	10407	Berlin	030-4251860	gisela-lmk@web.de
	Else	Tonke	Stavanger Str. 5	10439	Berlin	030-4444379	elsetonke@gmx.de
Region München	Ulla	Klotz	Raidinger Str. 9a		München	089-716283	post@ullaklotz.de
Region Nord	Dedo von	Krosigk	Birkenstr. 32	30171	Hannover	0511-801696	dedo.krosigk@web.de
	Gudrun	Rehmann	Brahmsstrasse 11	32756	Detmold	05231-31231	Telefon 12:30 bis 13:00
Region Nürnberg	Dr. Brigitte	Janus	Krelingstr. 10	90408	Nürnberg	0911-353237	b.janus@mnet-mail.de
	Lina	Hoffmann	Olivenweg 36	90441	Nürnberg	0911-662993	lina-b-hoffmann@t-online.de
Region Ost	Dietrich	Göttsching	Pfortenweg 7	99092	Erfurt	0361-2255119	dgoettsching@yahoo.de
Region Südwest	Dr. Marduk	Buscher	Schirmhofweg 1	76530	Baden-Baden	07221-38194	mardukbuscher@t-online.de
Region West	Dr. Wolfgang	Steuer	Am Kälberrain 20	78647	Trossingen	07425-5856	w.steuer@friedenssteuer.de
	Ute und Dr. Robert	Antoch	Alte Landstr. 32	40489	Düsseldorf	0211-403986	uantoch@gmx.de rantoch@gmx.de
Vorstand, Geschäftsführung	Katharina	Rottmayr	Neuburgstr. 5		Feldkirchen-Westerham	08062-7261067	k.rottmayr@friedenssteuer.de
Vorstand, stell. Vorsitzende	Hannelore	Morgenstern-Przygoda	Jesuitengasse 39a	50735	Köln	0221-552525	hannelore.morgenstern@gmx.de
Vorstand, Vorsitzender	Dr. Wolfgang	Steuer	Am Kälberrain 20	78647	Trossingen	07425-5856	w.steuer@friedenssteuer.de

SPENDEN an das Netzwerk Friedenssteuer e.V.:

IBAN DE25 4306 0967 7001 6016 00 | GLS Gemeinschaftsbank e.G. | BIC GENODEM1GLS.

Bei allen Spenden unbedingt den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben!
Spendenquittungen werden im 1. Quartal des Folgejahres verschickt.

Zugang zum **ANDERKONTO** nur über www.friedenssteuer.de > Aktionen > Anderkonto. (NICHT FÜR SPENDEN)

Termine 2017/18

25. – 28. Mai 2017	Ev. Kirchentag; Anfang in Berlin und Ende in Wittenberg
26. Mai 2017	Workshop Netzwerk Friedenssteuer 16:00 – 17:30 (Seite 11)
Juni – Sept. 2017	Wahlkampagne Bürgerbündnis 2017 (Seite 5)
23. – 25. Juni 2017	CPTI-Arbeitstreffen in London, Highbury Centre (Seite 8)
28. – 30. Juli 2017	Blockade in Büchel durch NWFS 1 (Seite 6)
07. – 09. August 2017	Blockade in Büchel durch NWFS 2 (Seite 6)
13. – 15. Sept. 2017	Arbeitstreffen NWFS in Köln
23. – 25. März 2018	Jahrestreffen NWFS in Bad Hersfeld

GESCHÄFTSSTELLE Netzwerk Friedenssteuer: Krennerweg 12, 81479 München | **Telefon 089-7259416**

info@friedenssteuer.de | www.friedenssteuer.de